

Amherd macht Druck auf Schulen

Rückkehr zum Online-Unterricht gefordert

Neue Zürcher Zeitung, 7.1.2021

Nie wieder Fernunterricht an der Primarschule – das gilt nicht mehr. Allen voran die CVP-Bundesrätin Viola Amherd nimmt die Schulen ins Visier und eckt damit an. Eine andere Option wäre: Jetzt mehr Ferien, dafür weniger im Sommer.

FABIAN SCHÄFER, ANTONIO FUMAGALLI,

Wenn die Pandemie ein Rennen wäre, wären die Rollen im Bundesrat klar verteilt: Der SVP-Magistrat Ueli Maurer ist als Bremsen prädestiniert, während Viola Amherd, die Verteidigungsministerin, auf das Gaspedal steht. Die CVP-Bundesrätin ist schon im Frühling mit besonders weitreichenden Forderungen aufgefallen. Damals setzte sie sich dafür ein, dass nach ausländischem Vorbild auch in der Schweiz eine beschränkte Ausgangssperre verhängt wird.

Heute ist es die Schule, die Amherd umtreibt. Laut Angaben aus mehreren Departementen hat sie für die Sitzung vom Mittwoch einen Mitbericht verfasst, in dem sie sich für eine Rückkehr zum Fernunterricht ausspricht – auch für die Kleinsten, die noch die Primarschule besuchen. Das scheint gewirkt zu haben: Der Bundesrat fordert die Kantone nun ganz offiziell auf, sich zu «überlegen», welche Massnahmen in den obligatorischen Schulen getroffen werden könnten. Doch das muss nicht viel heissen. Gesundheitsminister Alain Berset (sp.) liess vor den Medien durchblicken, dass die Kantone sich diese Fragen ohnehin stellten und der Bundesrat nicht gedenke, in diesem Bereich tätig zu werden.

Abstriche beim Sport gefordert

Es ist nicht das erste Mal, dass Amherd sich mit der Schule befasst. Gegen Ende letzten Jahres soll sie sich bereits dafür eingesetzt haben, dass der Bund die Kantone motiviert, den Schulbeginn im neuen Jahr hinauszuschieben. Und noch etwas früher ist sie mit einer anderen Forderung aufgefallen, die ebenfalls die Schule getroffen hätte: Amherd, die Sportministerin, wollte laut mehreren Quellen den Sportunterricht für Teenager vorübergehend streichen. Damit kam sie nicht durch.

In anderen Departementen hingegen lösen die Interventionen erstaunte bis kritische Reaktionen aus. Manche fragen sich, weshalb Amherd unbedingt in diese Domäne eingreifen will, die so eindeutig in die Hoheit der Kantone fällt – zumal als Vertreterin der CVP, die den Föderalismus hochhält und sich als Familienpartei positioniert. Andere ärgern sich darüber, dass Amherd versucht, die Frage der Schulschliessungen zu forcieren, bevor nicht alle anderen möglichen Massnahmen umgesetzt worden sind.

Dies ist, zumindest ausserhalb des Departements Amherd, zurzeit die vorherrschende Meinung: Flächendeckende Schulschliessungen sollen, wenn immer möglich, verhindert werden – zu gravierend wären die Folgen für die Kinder und Jugendlichen. Bereits nach dem ersten Lockdown beklagten Lehrperso-

nen, ein Teil der Kinder sei in Rückstand geraten, die Unterschiede in den Klassen hätten sich vergrössert. Hinzu kommen Probleme bei der Betreuung. Manche Eltern stünden vor kaum lösbaren Problemen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Aus der Wissenschaft ist nach wie vor zu hören, die Kinder seien nicht die Treiber dieser Pandemie. Allerdings gibt es aus Grossbritannien Berichte, wonach die neuen, leichter übertragbaren Virusvarianten in Schulen stark verbreitet würden. Und aus rein epidemiologischer Sicht dürfte der Fernunterricht ohnehin einen positiven Effekt haben, zumal er auch die Eltern zwingt, daheim zu bleiben.

Weniger Ferien im Sommer?

In dieses Spannungsfeld fällt nun ein Vorschlag, der in der breiten Öffentlichkeit bisher kaum diskutiert wurde: Winterferien verlängern, Sommerferien verkürzen – und über das ganze Schuljahr betrachtet den Präsenzunterricht

Corona-Krise

Gastronomie: Wirte verlangen sofortige finanzielle Entschädigung. Seite 8, 9

Kommentar: Die Zeche bezahlt die junge Generation. Seite 19

Notkredite: Ökonom fordert Wiederaufnahme des Programms. Seite 22

damit nicht reduzieren. Formuliert hat die Idee Antoine Flahault, Direktor des Institute of Global Health an der Universität Genf und Mitglied der wissenschaftlichen Task-Force des Bundes.

«Für dieses aussergewöhnliche Jahr 2021 könnte man die Aufteilung der Schulferien anpassen. Das könnte mit-helfen, einen erneuten Lockdown zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern», so Flahault gegenüber Radio RTS. Der Epidemiologe beruft sich auf Studien in Bezug auf Grippeviren, laut denen Schulferien deren Verbreitung verlangsamen.

Eine solche Massnahme wäre freilich logistisch schwer umzusetzen, zumal die Sportferien in manchen Kantonen schon in wenigen Wochen beginnen. Dagmar Rösler, Präsidentin des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, setzt deshalb ein Fragezeichen hinter die Praktikabilität einer Ferien-Verschiebung. Auf Fachebene sei sie derzeit kein Thema. Einige Kantone, etwa Nidwalden und Solothurn, haben diesen Winter aber entschieden, die Weihnachtsferien um einige Tage zu verlängern. In manchen Kantonen der Westschweiz sowie in Bern beginnt der Unterricht erst am kommenden Montag, was aber immer schon so vorgesehen war.

Rösler appelliert insbesondere daran, anders als im letzten Frühling auf ein flächendeckendes Verbot des Präsenzunterrichts zu verzichten. Die Erfahrungen zeigten, dass die Massnahme insbesondere in bildungsfernen Haushalten zu besorgniserregenden Zuständen führe – und die Chancengleichheit noch zusätzlich erschwere.